

Hintergrundpapier „Große Anfrage 'Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen und Organisationen im Freistaat Sachsen'“

Miro Jennerjahn
Landtagsabgeordneter

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 22
Telefax: 0351 / 493 48 09

miro.jennerjahn@slt.sachsen.de

1 Vorbemerkung

Mit der vorliegenden Großen Anfrage zum Thema „Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen und Organisationen im Freistaat Sachsen“ bedient sich die GRÜNE-Landtagsfraktion zum zweiten Mal dieses Instruments, um von der Staatsregierung umfassend Auskunft über ihren aktuellen Wissensstand zum Problembereich zu erhalten. Mit dem Fragenkatalog führen wir zum einen unsere Fragepraxis der Großen Anfrage „Rechtsextremismus in Sachsen“ aus der 4. Legislaturperiode fort (Drs. 4/13281). Zum anderen wurde sie ergänzt um aktuelle Themen.

Vor dem Hintergrund des Auffliegens des als „Nationalsozialistischer Untergrund“ bezeichneten Terrornetzwerkes erschien es unerlässlich, Fragen zur Beobachtungspraxis des Landesamtes für Verfassungsschutz zu stellen.

Uns ist dabei bewusst, dass mittels einer Großen Anfrage kein vollumfängliches Bild der extremen Rechten in Sachsen zu zeichnen ist. Sie kann jedoch ein Mosaikstein sein, um ein solches umfängliches Bild zu erstellen. Vor allem ermöglicht sie jedoch Rückschlüsse auf die offizielle Problemwahrnehmung durch die Staatsregierung und die dabei existierenden Defizite.

Überraschend offen gibt die Staatsregierung zu, dass sie sich zur Erfassung des Problems Rechtsextremismus bzw. von „Extremismus“ allgemein nicht auf eine wissenschaftlich-analytische Grundlage stützt, sondern um eine Formulierung im „Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen“ (SächsVSG) auf eine allgemeinverständliche Formel zu bringen, die auch für Präventionszwecke geeignet sei.

Inwiefern letztgenannter Aspekt erfüllt wird, beschreibt die Staatsregierung in ihren Antworten auf unsere Fragen nicht weiter. Es erscheint jedoch fraglich, inwiefern eine nicht fachlich fundierte Definition tatsächlich eine tragfähige Grundlage für die Präventionsarbeit einerseits und eine angemessene Wahrnehmung des Problems Rechtsextremismus andererseits darstellt.

2 *Begriffsbestimmung Extremismus*

Um ihre Definition von 'Rechtsextremismus' zu erläutern, greift die Staatsregierung als erstes auf eine Erklärung ihres Extremismusbegriffs zurück. Demnach wird als 'extremistisch' eingestuft, wer zum einen die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnt und zum zweiten Aktivitäten zu deren Abschaffung entwickelt.

Alle von der Staatsregierung identifizierten Formen von 'Extremismus' (Rechts-, Links-, Ausländerextremismus) gleichen sich in diesen zwei Punkten. Sie unterscheiden sich allein in ihrer Vorstellung, wie eine neue gesellschaftliche und politische Ordnung aussehen kann.

Wenn keine weiteren Unterscheidungsmerkmale herangezogen werden (z.B. Gefahr für Leib und Leben anderer, Wahl der Mittel, Anzahl der zugehörigen Personen, Arten und Anzahl der begangenen Straftaten) ist natürlich folgerichtig, dass kaum Unterscheidungen zwischen Rechts- und Linksextremismus gemacht werden. Allerdings wird damit die Problemlage in Sachsen gezielt verwischt: Hetze und regelmäßige Bedrohungen gegen MigrantInnen und nicht-rechte Jugendliche, organisierter Terror in ganzen Landstrichen (Skinheads Sächsische Schweiz, Sturm 34, Terrorcrew Muldental) und die Mordserie des NSU illustrieren die Gefahren, die vom organisierten Rechtsextremismus in Sachsen ausgehen und die keine Entsprechungen in anderen politischen Spektren haben.

3 *Entwicklungen der rechten Szene*

3.1 Allgemeine Entwicklungen

Zahlen

In Sachsen gibt es aktuell 2.600 Personen, die die Staatsregierung der extremen Rechten zuordnet. Diese verteilen sich wie folgt auf die unterschiedlichen Spektren innerhalb der extremen Rechten (Doppelmitgliedschaften vorhanden):

- 760 NPD-Mitglieder
- 1.000 Neonationalsozialisten
- 850 subkulturell geprägte Rechte
- 20 Personen in sonstigen rechten Organisationen

Die Staatsregierung schätzt 800 von ihnen als gewaltbereit ein.

Die Personenzahl ist sowohl insgesamt als auch mit Blick auf das gewaltbereite Spektrum leicht rückläufig, für 2008 wird die Gesamtpersonenzahl mit 2.800 angegeben. (Große Anfrage GRÜNE-Fraktion, Drs. 4/13281). Die Staatsregierung erwartet, dass diese weiter sinkt oder mindestens stagniert. Gründe dafür gibt sie nicht an.

Interessant sind dabei die Verschiebungen innerhalb der extremen Rechten: während die parteigebundene Rechte an Zulauf verliert (NPD: 2008: 850 Mitglieder, 2011: 760 Mitglieder; JN: 2008: 70 Personen, 2011: 50 Personen) und auch das vom LfV als subkulturell geprägte Szene beschriebene Spektrum personelle Verluste verzeichnet (2008: 940 Personen, 2011: 850 Personen), vergrößert sich die neonationalsozialistische Szene (2008: 910 Personen, 2011: 1000 Personen). Darüber hinaus ist eine Zunahme von Strukturen zu beobachten: listete die Staatsregierung 2009 noch zehn Kameradschaften, sind es 2012 19.

Regionale Schwerpunkte sieht die Landesregierung zum einen in den drei sächsischen Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz sowie in den Landkreisen Mittelsachsen und Landkreis Leipzig. Angeblich gab es in den letzten zehn Jahren eine Verlagerung der regionalen Schwerpunkte, unklar aber bleibt, wo diese vor zehn Jahren waren (S. 15).

Straftäterinnen und Straftäter

Seit 2001 gibt es bundesweit einheitliche Kriterien zur Meldung politisch motivierter Kriminalität (Phänomenbereiche 'rechts', 'links', 'politisch motivierte Ausländerkriminalität' und 'sonstige'. Die Daten werden nach einem festen Muster aufgenommen und gemeldet und nach Übermittlung an die Staatsschutzabteilung im LKA noch einmal überprüft, bevor sie in die bundesweite Datenbank übernommen werden (S. 21-24).

Die Altersverteilung verurteilter Straftäterinnen und Straftäter (PMK – rechts) gestaltet sich seit 2008 wie folgt:

Jahr	Alter					Geschlecht	
	15-18	19-25	26-45	46-60	>60	weiblich	männlich
2008	17	71	41	4	2	3	132
2009	25	67	54	10	2	4	154
2010	20	63	45	9	0	3	134
2011	23	63	62	9	1	7	151
2012 (1.HbJ)	12	36	43	2	1	2	92

Allgemein erkennbar ist eine Verschiebung aus der Gruppe der 19-25-Jährigen zu den 26-45-Jährigen. Waren die Täter 2008 noch zu 2/3 unter 26 Jahren alt, sind es inzwischen nur noch die Hälfte. Über die Hintergründe dieser Entwicklung gibt die Staatsregierung keine Auskunft. Es liegt jedoch die Vermutung nahe, dass diese Verschiebung durch die Alterung der handelnden Akteure zu Stande kommt.

Der Rolle der Frauen innerhalb der rechten Szene ist in letzter Zeit eine gestiegene Aufmerksamkeit zugekommen. Verurteilte Straftäter sind aber immer noch zu allermeist männlich. Setzt sich der Trend aus dem ersten Halbjahr 2012 fort, wird es in diesem Jahr zu einem weiteren Anstieg von Verurteilungen kommen (s. 25/26)

Erkennbar ist eine deutliche Abnahme der Verfahrensdauer, auch wenn die Zahlen für die frühen 1990er Jahre eher nicht verlässlich sind. Damals lag die Verfahrensdauer bei ca. 15 Monaten. Allein zwischen 2006 und 2011 sank die Zahl von durchschnittlich elf Monaten auf 6,5 Monate ab. Die Staatsregierung bewertet diese Entwicklung als positiv, vor allem für jugendliche Straftäter, da gerade bei ihnen ein enger zeitlicher Zusammenhang zwischen Tat und Strafe einen Einfluss auf die Wirksamkeit der Strafe haben.

Die Staatsregierung gibt an, dass acht aus Sachsen stammende untergetauchte Personen, die beim BKA als gesucht gespeichert sind, in der Vergangenheit durch rechtsmotivierte Straftaten aufgefallen sind. Allerdings wurde nur eine dieser Personen u.a. wegen einer als rechtsextremistisch eingeordneten Straftat gesucht (S. 27/28)

Die Zahl der Verurteilungen wegen Propagandadelikten sind seit dem Jahr deutlich angestiegen. Lagen sie 2003 bei 51, stiegen sie bis 2010 auf 110 an. In den Jahren 2009 und 100 lagen sie jeweils über 100, im Jahr 2011 fielen sie auf 92. 2012 gab es bisher 49 Verurteilungen (S. 28)

Die Verurteilungen aufgrund von Gewaltdelikten zeigen keinen deutlichen Trend, sondern schwanken zwischen drei in 2007, 16 in 2003 und 2004 sowie 17 im Jahr 2011. Auffällig sind allein 28 Verurteilungen im Jahr 2010 (S. 29)

Die Staatsregierung sieht kein Problem darin, dass Opferberatungsstellen oft mehr rechtsextremistische Straftaten registrieren als die Behörden. Sie erklärt den Unterschied lapidar mit unterschiedlichen Bewertungsmaßstäben (S. 25).

Alle JVAen in Sachsen kooperieren mit dem Aussteigerprogramm, in der Jugendstrafvollzugsanstalt Regis-Breitingen gibt es darüber hinaus zwei weitere Angebote für rechte Straftäter. Auch die JVA Zeithain verfügt über ein weiteres Angebot.

Waffenbesitz

In Sachsen befinden sich nach Aussage der Staatsregierung 105 erlaubnispflichtige Waffen in Besitz von Personen, die der extremen Rechten zugeordnet werden. Darüber hinaus ist der Besitz zweier erlaubnisfreier Schreckschusspistolen bekannt (S. 56). Insgesamt 26 Personen aus der rechten Szene sind im Besitz einer waffenrechtlichen Erlaubnis, d.h. sie

dürfen Waffen besitzen und erwerben. Laut Angaben der Staatsregierung befindet sich keine Personen aus der extremen Rechten im Besitz eines Waffenscheins, also der Erlaubnis zum Führen einer Waffe. Es verfügen jedoch sechs Personen über die Erlaubnis zum Führen einer Schreckschusspistole. Im Zuge der NSU-Ermittlungen werden aktuell alle Informationen in diesem Feld zwischen Waffenbehörden, Polizei und LfV abgeglichen (S. 57)

Es existiert angeblich keine Übersicht zu den illegalen Waffenfunden bei Angehörigen der rechten Szene seit 1990. In den Jahren 2007 bis 2011 gab es insgesamt 255 rechte Straftaten, bei denen eine Waffe eine Rolle spielte. Bei diesen Fällen wurden insgesamt 330 Waffen sichergestellt, u.a. 15 Spreng- und Brandvorrichtungen im Jahr 2008 und 16 in 2011. Darüber hinaus wurden seit 2001 neun Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz registriert, fünf davon allein im Jahr 2011. Diese traten alle im Zusammenhang mit den rechten Aufmärschen am 13. und 19. Februar in Dresden auf.

Immobilienbesitz

Der Staatsregierung sind Immobilien in Leipzig, Wurzen, Torgau (OT Staupitz) und Chemnitz bekannt, die von Mitgliedern der rechten Szene erworben wurden. Darüber hinaus nutzen Neonazis eine Reihe von Immobilien in ganz Sachsen, die sich nicht in ihrem Besitz befinden. Beispielsweise werden Gaststätten in verschiedenen Regionen Sachsens zur Durchführung von Veranstaltungen gemietet. Schwerpunkt ist dabei der Raum Ostsachsen und Raum Leipzig (Liste S. 96f).

3.2 Die Strukturen im Detail

NPD

Wählerschaft

Der Mitgliederschwund bei der NPD setzt sich unvermindert fort. 2011 lag die geschätzte Mitgliederzahl bei 760, ca. 100 weniger als noch vor vier Jahren. Die Staatsregierung geht davon aus, dass sich der Mitgliederrückgang auch in diesem Jahr fortsetzt. Der Frauenanteil liegt recht konstant um die 15 Prozent (aktuell: 14 Prozent). Zwischen 2008 und 2012 lässt sich eine Verschiebung der Altersstruktur hin ins mittlere Alter erkennen. Waren 2008 noch fast zwei Drittel aller Mitglieder unter 45 Jahren, liegt dieser Anteil inzwischen bei 56 Prozent. Der Anteil der 45-54-Jährigen ist dabei von 17 auf 21 Prozent angewachsen. Verluste sind u.a. bei den 16-24-Jährigen zu verzeichnen, deren Anteil von 13 Prozent auf neun Prozent gefallen ist. Der NPD gelingt es offensichtlich zunehmend schlechter, junge Menschen an die

Partei zu binden (S. 34). ein ähnliches Bild ist innerhalb der Wählerschaft zu erkennen: Machten die WählerInnen bis 25 Jahre 2004 noch 35 Prozent aller NPD-Wähler/innen aus, ging der Anteil 2009 auf 13,4 Prozent zurück. Auch der Anteil an allen Wählerinnen und Wählern der Altersgruppe ging zurück: lag er 2004 noch bei 16 Prozent aller Jungwähler/innen (absolut: 26.800), sank er 2009 auf 10,4 Prozent (absolut 13.000). Inzwischen sind über die Hälfte der NPD-Wähler/innen 45 Jahre alt und älter (S. 34).

Die Wahlerfolge der NPD in Sachsen sind nach Ansicht der Staatsregierung in allererster Linie auf externen Faktoren zurückzuführen: so nennt sie hohe Motivation innerhalb der Partei, Wahlabreden mit der DVU, Unterstützung aus anderen Landesverbänden und von Neonationalsozialisten so wie hohe Ausgaben für Wahlkampfmaterialien als Gründe für den Wahlerfolg 2004. Als Ursache sieht sie außerdem die Proteste gegen die geplante Reform der Sozialhilfe (Hartz IV) sowie eine bisher nicht gekannte Medienpräsenz, die durch die Beschlagnahmung der Schulhof-CD noch zunahm.

Die NPD nutzte ihren Landtagseinzug zum Ausbau und zur Finanzierung ihrer Strukturen und intensivierte die Zusammenarbeit mit der neonationalsozialistischen Szene. So gelang es ihr, zur Kommunalwahl 2009 mit 317 KandidatInnen anzutreten. 2004 lag die Zahl der KandidatInnen noch bei 71.

Aber auch im Jahr 2009 gelang ihr der Einzug in den Landtag, wenn auch mit Stimm- und Mandatsverlusten. Gerade ProtestwählerInnen haben sich offenbar wieder von der Partei abgewendet. **Es muss jedoch vermutet werden, dass die NPD in Sachsen über ein festes Wählerklientel um die fünf Prozent verfügt, wenn die Wahlbeteiligung nicht wieder über 60 Prozent steigt.**

Einnahmen und Ausgaben

Die sächsische NPD hat ihre Ausgaben im Jahr 2010 auf ca. 103.000 Euro reduziert, nachdem die Einnahmen von ca. 410.000 Euro auf 240.000 Euro sanken. Damit verzeichnete sie einen Überschuss von ca. 137.000 Euro, im Jahr 2009 erwirtschaftete sie aufgrund hoher Wahlkampfkosten noch ein Minus von 110.000 Euro. Neben staatlichen Leistungen finanziert sich die NPD hauptsächlich aus Mandatsträgerabgaben, Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Im Wahlkampf gab es auch Zuschüsse aus dem Bundesverband. Nachdem die Einnahmen aus den Mandatsträgerbeiträgen zunächst sanken (Fraktionsaustritte, nach der Wahl weniger Mandate), sind die Zahlungen kontinuierlich gestiegen. Offensichtlich müssen die verbleibenden Abgeordneten höhere Abgaben zahlen. (S. 37-39)

Nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 wurde diese zu einer wichtigen logistischen und finanziellen Ressource auch für den parteiungebundenen Teil der rechten Szene. Rückläufige Mitgliederzahlen und Zerwürfnisse mit Teilen der neonationalsozialistischen Szene lässt die bisher starke Position der NPD schwanken. Dies zeigt sich z.B. mit dem geschlossenen Austritt des NPD-Vorstands im Landkreis Leipzig. Dieser ist wahrscheinlich auf die Unzufriedenheit mit der Besetzung von Führungspositionen und einem Kurs der zunehmenden Distanz zum neonationalsozialistischen Spektrum zurückzuführen.

Regionaler Schwerpunkt

Als regionalen Schwerpunkt der NPD identifiziert die Staatsregierung den Kreisverband in Leipzig sowie in Dresden und Riesa, wo auch der Deutsche Stimme Verlag, der sich zu 97,3 Prozent in Parteibesitz befindet, angesiedelt ist und sich die Bürgerbüros mehrerer Abgeordneter befinden.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die Jugendorganisation der NPD verfügt geschätzt über ca. 50 Mitglieder. Die Mitgliederzahlen sind seit 2009 ungefähr gleichbleibend, allerdings von ca. 90 Mitgliedern im Jahr 2007 gesunken. Auch wenn die Mitglieder dem parteiungebundenen rechten Spektrum zugeordnet werden, gibt es eine große personelle Überschneidung mit den neonationalsozialistischen Gruppen, insbesondere der Freien Kräfte. Daher versucht sich die JN deutlich von der NPD abzugrenzen, die zunehmend (auch im Zuge der Aufdeckung des NSU) eine Distanz zu den Neonationalsozialisten aufbaut.

Die JN sieht in der letzten Zeit davon ab, größere öffentliche Aktivitäten zu planen und durchzuführen. Sie fokussiert sich eher auf sceneinterne Aktivitäten wie Feiern und Sportereignisse sowie Schulungen. Darüber hinaus beteiligte sie sich an einer Demonstration gegen Massentierhaltung 2011 in Nordsachsen.

Kenntnisse über die finanzielle Lage der JN scheinen nicht bekannt zu sein.

Der regionale Schwerpunkt der JN liegt in und um Leipzig: aktive JN Stützpunkte finden sich in Leipzig, Wurzen und in Nordsachsen.

Ring Nationaler Frauen

Der 2006 gegründete 'Ring Nationaler Frauen', eine Frauenorganisation der NPD, spielt auch weiterhin keine große Rolle im Landesverband. Er soll aktuell 33 Mitglieder haben und ist in fünf Regionalgruppen zusammengeschlossen.

Kameradschaftsszene (S.60)

Die Zahl der Kameradschaften in Sachsen hat seit 2008 wieder deutlich zugenommen und ist von zehn auf 19 angestiegen. Das Landesamt für Verfassungsschutz begründet dies mit einer Rückkehr zur Bildung festerer Strukturen.

Interessant ist auch eine inhaltliche Verschiebung: waren 2008 nur drei der zehn Kameradschaften neonationalsozialistisch geprägt, ordnet der Verfassungsschutz im Jahr 2012 16 der 19 aktiven Gruppierungen ins neonationalsozialistische Spektrum und nur noch als drei subkulturell geprägt ein.

Gruppierung	Landkreis/kreisfreie Stadt	Zuordnung
Freie Kräfte Dresden	Dresden	neonationalsozialistisch
Aktionsbündnis Erzgebirge	Erzgebirge	neonationalsozialistisch
Nationale Sozialisten Chemnitz	Chemnitz	neonationalsozialistisch
Revolutionäre Nationale Jugend	Vogtland	neonationalsozialistisch
Nationale Sozialisten Döbeln	Mittelsachsen	neonationalsozialistisch
Boot Boys Görlitz	Görlitz	neonationalsozialistisch
Nationale Sozialisten Geithain	Landkreis Leipzig	neonationalsozialistisch
Nationale Sozialisten Kohrener Land	Landkreis Leipzig	neonationalsozialistisch
Nationale Sozialisten Muldentale	Landkreis Leipzig	neonationalsozialistisch
New Society	Chemnitz	neonationalsozialistisch
Freie Kräfte Mittelsachsen	Mittelsachsen	neonationalsozialistisch
Freie Nationalisten Freiberg	Mittelsachsen	neonationalsozialistisch
Terrorcrew Muldentale	Landkreis Leipzig	subkulturell
Freie Kräfte Zwickau	Landkreis Zwickau	neonationalsozialistisch
Hoonara	Chemnitz	subkulturell
Freie Kräfte Sächsische Schweiz	Sächs. Schweiz/Osterzgeb.	neonationalsozialistisch
Nationaler Jugendblock Zittau e.V.	Görlitz	subkulturell
Freie Kräfte Radeberg	Bautzen	neonationalsozialistisch
Freie Kräfte Eilenburg	Nordsachsen	neonationalsozialistisch

Bemerkenswert ist, dass ein Teil der 2008 gelisteten Kameradschaften nicht mehr als solche existieren (vor allem in Ostsachsen), es dafür offensichtlich zu einer verstärkten Strukturbildung im Leipziger Land und Mittelsachsen gekommen ist.

Zu beobachten ist laut Auskunft der Staatsregierung außerdem eine Verstärkung der Jugendarbeit sowie eine Zunahme öffentlichkeitswirksamer Freizeitaktivitäten wie Kampfsport, Fußballturniere und Wanderungen. Im subkulturell geprägten Milieu sehen Musik und Konzerte im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Dem Landesamt für Verfassungsschutz ist bekannt, dass sich Kameradschaften u.a. über sogenannte Kameradschaftskassen finanzieren. Näheres zur Höhe der finanziellen Mittel ist entweder nicht bekannt oder wird nicht bekannt gegeben.

Das Verhältnis zur NPD ist eher von Irritationen geprägt - zum einen werden Aktionen vereinnahmt, zum anderen distanziert sich die NPD zu sehr von den Neonationalsozialisten (Karl-Heinz Hoffmann nicht als Redner erwünscht, Distanzierungen im Zusammenhang mit der Aufdeckung NSU etc.)

Rechte Skinheadszenen (S. 67)

Die Skinheadszenen machten lange Zeit den Hauptanteil der subkulturellen rechten Szene aus, aber inzwischen haben viele andere Musikrichtungen Eingang in die extreme Rechte gefunden. Dadurch hat sich auch der Kleidungsstil der extremen Rechten verändert.

Insgesamt ist die Zahl der subkulturell geprägten Rechten rückläufig, jedoch gelten diese als sehr gewaltaffin.

Die Hammerskins existieren seit Anfang der 1990er in Deutschland. In den USA gegründet hält sie sich für die Elite der Naziskins. Die Vereinigung ist überwiegend neonationalsozialistisch geprägt und umfasst in Sachsen laut LfV weniger als zwölf Mitglieder in Sachsen. Von ihr gehen keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten aus. An nationalen und europäischen Treffen nehmen vereinzelt Personen aus Sachsen teil (S. 70).

Freie Kräfte (S. 71)

Das 'Freie Netz' entstand 2007 und wurde wohl von den Machern des 'Nationalen Beobachters Delitzsch' gegründet, dessen Erscheinen mit der Entstehung des 'Freien Netzes' eingestellt wurde. Die Plattform wurde von Mitte bis Ende 2007 nachweisbar aus Delitzsch heraus betrieben, seitdem ist sie nicht mehr nach Sachsen zuordenbar sondern liegt auf ausländischen Servern.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag • Miro Jennerjahn • 08. Oktober 2012

Seit der Gründung hat sich die Internetseite zu einem wichtigen Vernetzungsportal der sogenannten Freien Kräfte Sachsens und Thüringens entwickelt. Auf der Seite bestehen 7 Unterdomains für folgende regionale Gruppen: Erzgebirge, Leipzig, Leipziger Land, Nordsachsen, Sächsische Schweiz, Zwickau und Thüringen. Verlinkt werden auch Seiten für die Region Franken, Greifswald und Rheinland.

Das 'Freie Netz' hat sich inzwischen zum überregionalen Modell entwickelt und ging im Dezember als 'Freies Netz Mitte' mit neuer Seite ans Netz (analog zum 'Freien Netz Süd' etc.). Aktuell ist die Seite jedoch nicht mehr abrufbar.

Nach Ansicht der Staatsregierung handelt es sich bei den Internetseiten des 'Freien Netzes' lediglich um eine Kommunikationsplattform, die regionale neonationalsozialistische Gruppen vernetzt und eine überregionale Aktionsfähigkeit sicherstellen soll. Eine (auflösbare) Struktur erkennt sie dahinter nicht. Offen bleibt auch, ob und wie das Freie Netz zu der verstärkten Bildung von festeren Strukturen im Raum Westsachsen beigetragen hat, die in den letzten Jahren zu beobachten waren, gerade auch im Spektrum der Freien Kräfte/Neonationalsozialisten (siehe Teil zu Kameradschaften).

Die Staatsregierung kommt zu der Erkenntnis, dass sich das Mobilisierungspotential für Aktionen seit der Existenz des Freien Netzes vergrößert hat, aber fluktuiert. Konkrete Zahlen werden nicht genannt. Es bleibt offen, ob die Staatsregierung bzw. das LfV nicht über Informationen verfügt oder diese nur nicht veröffentlichen will.

Generell muss die Annahme der Staatsregierung in Frage gestellt werden, dass es sich beim Freien Netz lediglich um ein Internetportal handelt. Das gehackte interne Forum des Freien Netzes legt einen regelmäßigen Austausch straff organisierter Neonazi-Kader nahe. Auch in einer Anhörung des Sächsischen Landtags zum Freien Netz konnten mehrere Experten nachvollziehbar darüber hinaus gehende Strukturen schildern.

Autonome Nationalisten (AN) (S. 74)

Bei den Autonomen Nationalisten handelt es sich um Neonationalsozialisten, die sich in Auftreten und Kleidung an linken Autonomen orientieren. 2009 wurden ihnen in Sachsen ca. 20 Personen zugerechnet, 2010 ca. 50. Seit 2011 sind die Autonomen Nationalisten nicht mehr erkennbar, da die Merkmale aus den Anfangszeiten der AN wie schwarze Kleidung und große Aktionsorientiertheit inzwischen von vielen neonationalsozialistischen Gruppen übernommen wurden. Die AN haben jedoch die neonationalsozialistische Szene stark geprägt. Neben der Veränderungen bei Kleidungsstilen und Musikrichtungen haben sie zu

einer Anpassung an andere Jugendkulturen geführt und die Nutzung englischsprachige Slogans und Graffiti in der rechten Szene akzeptabel gemacht.

Freies Netz (S. 77)

Die Onlineplattform 'Freies Netz' entstand 2007 und wurde wohl von den Machern des 'Nationalen Beobachters Delitzsch' gegründet, dessen Erscheinen mit der Entstehung des 'Freien Netzes' eingestellt wurde. Die Plattform wurde von Mitte bis Ende 2007 nachweisbar aus Delitzsch heraus betrieben, seitdem ist sie nicht mehr nach Sachsen zuordenbar, sondern liegt auf ausländischen Servern.

Seit der Gründung hat sich die Internetseite zu einem wichtigen Vernetzungsportal der sogenannten Freien Kräfte Sachsens und Thüringens entwickelt. Auf der Seite bestehen sieben Unterdomains für folgende regionale Gruppen: Erzgebirge, Leipzig, Leipziger Land, Nordsachsen, Sächsische Schweiz, Zwickau und Thüringen. Verlinkt werden auch Seiten für die Region Franken, Greifswald und Rheinland.

Das 'Freie Netz' hat sich inzwischen zum überregionalen Modell entwickelt und ging im Dezember als 'Freies Netz Mitte' mit neuer Seite ans Netz (analog zum 'Freien Netz Süd' etc.). Aktuell ist die Seite jedoch nicht mehr abrufbar.

Nach Ansicht der Staatsregierung handelt es sich bei den Internetseiten des 'Freien Netzes' lediglich um eine Kommunikationsplattform, die regionale neonationalsozialistische Gruppen vernetzt und eine überregionale Aktionsfähigkeit sicherstellen soll. Eine (auflösbare) Struktur erkennt sie dahinter nicht. Offen bleibt auch, ob und wie das Freie Netz zu der verstärkten Bildung von festeren Strukturen im Raum Westsachsen beigetragen hat, die in den letzten Jahren zu beobachten waren, gerade auch im Spektrum der Freien Kräfte/Neonationalsozialisten (siehe Teil zu Kameradschaften).

Die Staatsregierung kommt zu der Erkenntnis, dass sich das Mobilisierungspotenzial für Aktionen seit der Existenz des Freien Netzes vergrößert hat, aber fluktuiert. Konkrete Zahlen werden nicht genannt. Es bleibt offen, ob die Staatsregierung bzw. das LfV nicht über Informationen verfügt oder diese nur nicht veröffentlichen will.

3.3 Terroristische Strukturen

Verfahren

In Sachsen wurde seit 1990 in zwei Verfahren wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung nach §129a StGB ermittelt. Zum einen im Jahr 2003 in Wurzen, wo eine Skinheadgruppe paramilitärisch ausgebildet werden sollte. Das Verfahren wurde 2005 vom Generalbundesanwalt eingestellt. Aktuell laufen Ermittlungen in Zwickau im Zuge der Aufdeckung des NSU (S. 55)

Nationalsozialistischer Untergrund

Bei den Fragen zum NSU verweist die Staatsregierung auf den vorläufigen Abschlussbericht des Innenministeriums. Der Bericht ist allerdings für die Aufklärung der Strukturen ungenügend. Das Innenministerium versucht, den Großteil der Verantwortung nach Thüringen abzuschieben.

Wehrsportgruppe Hoffmann

Karl-Heinz Hoffmann, der Gründer der Wehrsportgruppe Hoffmann, einer 1980 verbotenen terroristischen Vereinigung, ist immer noch eine beachtete Größe in der rechten Szene. Seit 2010 tritt er wieder bundesweit auf und hielt auch in Sachsen Vorträge. Darüber hinaus wurden im Zuge eines Ermittlungsverfahrens 2010 seine Wohnungen in Bayern und das Rittergut Sahlis, das sich in seinem Besitz befindet, durchsucht. Auch die NPD bot ihm Raum und bewarb sein Buch in der Deutschen Stimme. Seit der Übernahme der NPD-Führung durch Holger Apfel ist er allerdings zum unerwünschten Redner auf NPD-Veranstaltungen geworden.

4 *Aktivitäten der rechten Szene*

4.1 Die 'Volkstodkampagne' und die 'Unsterblichen' – die Entwicklung neuer Aktionsformen

Die sogenannte 'Volkstodkampagne' wird bundesweit seit etwa vier Jahren von Neonationalsozialisten betrieben. Mit Demonstrationen und Aktionen soll auf das angeblich Aussterben des deutschen Volkes aufmerksam gemacht werden. Im Rahmen dessen wurden 2011 das Konzept der sogenannten 'Unsterblichen' entwickelt. Diese treten in schwarzen Kutten und Masken, z.T. auch mit Fackeln und Feuerwerkskörpern auf und sollen auf den nach Ansicht der Neonationalsozialisten bevorstehenden 'Volkstod' verkünden.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag • Miro Jennerjahn • 08. Oktober 2012

2011 fanden im Rahmen dieser Kampagne auch 15 Aktionen in Sachsen statt. Der regionale Schwerpunkt lag in Westsachsen, allerdings gab es auch zwei größere Aktionen im Landkreis Bautzen mit offenbar größerer Unterstützung von Brandenburger Nazis. 2012 fanden bisher zwei Aktionen (Colditz, Leisnig) statt.

Da die Aktionen unangemeldet stattfinden und oft konspirativ vorbereitet werden, ist die Teilnahmezahl begrenzt. Allerdings werden Videomitschnitte im Internet verbreitet und die Aktionen treffen aufgrund ihrer Art auch auf mediales Interesse, so dass sie einem größeren Personenkreis bekannt werden (S. 91ff).

4.2 Verbergen der Parteizugehörigkeit – Bürgerinitiativen und Aktionen gegen Asylbewerberheime und Sexualstraftäter

Als eine Strategie zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele erkennt die Staatsregierung den Versuch der NPD, durch überparteilich erscheinende Initiativen Zuspruch in der Bevölkerung zu gewinnen. So gründeten NPD-Funktionäre wiederholt Bürgerinitiativen gegen Asylbewerberheime, um ohne Preisgabe ihrer politischen Zugehörigkeit, die abschreckend wirken könnte, Bürgerinnen und Bürger hinter ihrer Hetze gegen AsylbewerberInnen oder Sexualstraftäter zu versammeln. In der Regel ist bei diesen Aktivitäten die rassistische oder menschenverachtende Einstellung und Argumentation, die auch die NPD als Partei prägt, sehr offensichtlich. Beunruhigend ist jedoch der Zuspruch, den diese Initiativen erhalten, sobald das NPD-Logo unsichtbar wird.

Darüber hinaus berichtet die Staatsregierung von Bestrebungen der NPD, in Sozialverbänden sichtbar zu werden und dass gerade im Umfeld des Rings Nationaler Frauen dafür geworben wird, sich in Elternvertretungen etc. zu engagieren. Vereinzelt gibt es Beispiele, wo das tatsächlich geschieht.

4.3 Musikszene: florierender Konzertbetrieb und Versandhandel

Die Anzahl der in Sachsen durchgeführten Nazikonzerte ist weiterhin gleichbleibend hoch. Selten können Konzerte im Vorfeld verhindert werden, noch seltener werden sie aufgelöst. Für die Jahre 2008-2011 sind Polizei und Verfassungsschutz zwischen 40 und 50 Konzertplanungen bekannt geworden, von denen die meisten auch stattfanden. Im Einzelnen gestaltet sich dies wie folgt:

Jahr	geplant	stattgefunden	aufgelöst	verhindert
2008	47	43	1	3
2009	45	35	4	7
2010	48	41	1	5
2011	44	41	1	2

Die TeilnehmerInnenzahl bei den Konzerten lag meist bei 100-200 Personen. Ein örtlicher Schwerpunkt der Konzerte waren Ostsachsen, wo bis Mitte diesen Jahres zwei feste Veranstaltungsorte zur Verfügung standen. Offenbar ist seit Frühjahr 2012 der VA-Ort Rothenburg OT Geheege bis auf weiteres behördlich gesperrt. An diesen beiden Orten fanden im Jahr 2011 auch jeweils ein Konzert mit über 1.000 Teilnehmer/innen statt – bei beiden trat die NPD bzw. der im NPD-Besitz befindliche Verlag Deutsche Stimme als Veranstalter auf.

Ein weiterer fester Veranstaltungsort befindet sich im Torgau OT Staupitz. Laut Auskunft des Landesamts für Verfassungsschutz fanden im Jahr 2011 von 32 näher beschriebenen Konzerten allein acht in Staupitz statt (im Vergleich dazu neun in Geheege).

Es ist schwierig für staatlichen Behörden, gegen diese Konzerte vorzugehen, da sie fast immer auf Privatgrundstücken durchgeführt werden. Die Besitzer der Grundstücke sind in der Regel Sympatisanten oder Mitglieder der rechten Szene. Allerdings bleibt die Frage im Raum, ob und in welchem Umfang von behördlicher Seite mit baurechtlichen Auflagen Konzertveranstaltungen unterbunden werden können (Sicherheitsvorschriften, Lärmschutz, Brandschutz etc.).

Die genauen Umsätze bei Konzerten sind der Staatsregierung unbekannt, es existieren jedoch Hochrechnungen, in denen davon ausgegangen wird, dass 2011 bei 37 stattgefundenen Konzerten insgesamt ein Umsatz von 80.000-100.000 Euro gemacht wurde.

Darüber hinaus verfügt Sachsen bundesweit über eine der dichtesten Vertriebsstrukturen und drei der bundesweit bedeutenden Vertriebe sind hier ansässig (PC Records (Chemnitz), Front Records (Wurzen), OPOS-Records (Dresden)). Der Gesamtumsatz der Vertriebe in Sachsen liegt nach Schätzungen des LfV bei 3,5 Mio. Euro jährlich, die Höhe der Gewinne ist unbekannt. Es wird geschätzt, dass 30-40 Personen in Sachsen bei diesen Vertrieben beschäftigt sind. Auch gelegentliche Geld- und Sachspenden der Vertriebe an NPD und Vereine sind bekannt (S. 101 ff).

4.4 Sport

Gerade Fußball spielt für die extreme Rechte eine große Rolle, es gibt z.T.

Überschneidungen zwischen Hooligan und Naziszene, z.B. handelt es sich bei den Gruppierungen Hoonara (Hooligans – Nazis - Rassisten), New Society (NS-Boys) (beide Chemnitz) und Blue Caps LE um rechtsextremistische Fanggruppierungen, die auch Kontakte zu NPD und neonationalsozialistischen Gruppierungen unterhalten.

Seit 2008 wurden 52 Vorkommnisse mit rechtsextremistischem Hintergrund bei 39 Spielen erfasst. Oft handelt es sich dabei um die Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen (31), aber regelmäßig auch um Fälle von Volksverhetzung (13) und gelegentlich auch Körperverletzung (4) (S. 119 ff).

Die Staatsregierung schätzt den Anteil der Nazis an gewaltbereiten Fußballfans auf 13Prozent.

Auch als selbstorganisierte Freizeitaktivität spielt Sport eine nicht unwichtige Rolle. So werden regelmäßig sogenannte 'nationale Fußballturniere' u.ä. veranstaltet (exemplarisch S. 126). Diese dienen auch zur überregionalen Vernetzung. U.a. innerhalb der JN sind Kampfsportgruppen bekannt. Auch in diesem Bereich werden Turniere durchgeführt.

4.5 Bundesweite und Internationale Vernetzungen

Parteigebundenes Spektrum

Die sächsische NPD hat sich in den vergangenen Jahren besonders in den Wahlkämpfen in den anderen ostdeutschen Ländern engagiert.

Die sächsische NPD unterhält regelmäßige Kontakte nach Tschechien. Mitglieder des 'Nationalen Widerstands' aus Böhmen nehmen an Kreisverbandssitzungen sowie an Veranstaltungen teil und umgekehrt. 2008 wurde von NPD-Seite verkündet, den Grundstein für ein 'deutsch-tschechisches Seminar' gelegt zu haben, welches regelmäßig zweisprachig stattfinden soll.

Darüber hinaus gibt es Vereinbarungen über Zusammenarbeit bis hin zur Bundesebene. So unterschrieb Udo Voigt im Jahr 2011 als NPD-Vorsitzender ein Abkommen mit der rechtsextremistischen tschechischen 'Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit' über die kommunale Zusammenarbeit.

Parteiungebundenen Spektrum

Dem Landesamt für Verfassungsschutz ist eine 'Grundlegende Vereinbarung zwischen den böhmisch/mährischen und den deutschen Kameradengruppen' aus dem Jahr 2009 bekannt. Darüber hinaus gibt es themengebundene Kooperationen, so im Jahr 2011 nach den Vorkommnissen im 'Schluckenauer Zipfel' Veranstaltungen zum Thema 'Sinti und Roma'. Darüber hinaus gibt es kontinuierlichere Veranstaltungskooperationen wie den 'Sächsisch-böhmischen Kulturtag' und den 'Deutsch-Böhmischen Freundeskreis'. Tschechische Neonazis nehmen regelmäßig an Demonstrationen in Sachsen teil.

Kooperationen mit der polnischen rechten Szene sind nicht bekannt. Vereinzelt gibt es Kooperationen mit RechtsextremistInnen aus anderen europäischen Ländern.

Kooperationen sind vor allem auch in der Musikszene zu beobachten. Sächsische rechtsextremistische Bands spielen im Ausland und ausländische Bands kommen zu Konzerten in Sachsen.

5 Gegenstrategien und Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz

5.1 Gegenstrategien

Die Staatsregierung verfolgt nach eigener Aussage zwei Gegenstrategien: zum einen eine präventive, die sich auf Bildung, Aufklärung und Information fokussiert. Zentralen Baustein dabei bildet das Landesprogramm Weltoffenes Sachsen.

Die repressive Strategie setzt auf konsequente Verfolgung strafbarer Handlungen mit rechtsextremistischen Motivationen. Neben eines Maßnahmenbündel der sächsischen Polizei zur Verfolgung dieser Straftaten hat die Staatsregierung im April dieses Jahres eine Gemeinsame Informations- und Analysestelle des LfV und des LKA (GIAS) eingerichtet (S. 13/14).

Die Staatsregierung verweist bei der Frage nach den Ursachen für rechtsextremistische Einstellungsmuster auf Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung, führt aber aus, dass es aus ihrer Sicht bisher kein anerkanntes wissenschaftliches Erklärungsmuster gibt. Dies ist/wäre natürlich ein Problem, um Gegenaktivitäten im Bereich der Prävention zu koordinieren (S. 8/9).

5.2 Beobachtung durch den Verfassungsschutz

Das LfV gibt an, sowohl feste Organisationen als auch lose Netzwerke gemäß ihres Auftrags zu beobachten. Die Tendenz zu loserem Zusammenschlüssen im neonationalsozialistischen Spektrum sehen sie dabei nicht als problematisch an (S. 20). Ob das tatsächlich so ist, lässt sich durch die Große Anfrage schwer einschätzen. Offensichtlich ist, dass das LfV über viele Informationen zur NPD verfügt, aber bei Angaben zum parteiungebundenen Spektrum oft vage bleibt.

Neben der NPD und ihren Untergliederungen (einschließlich z.B. Ring Nationaler Frauen und Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft) werden in Sachsen 33 rechte Gruppierungen und Kameradschaften sowie 27 Musikgruppen vom Verfassungsschutz beobachtet.

Beobachtungsobjekt ist außerdem das Bildungswerk für Heimat und Identität e.V., bei dem es sich um ein NPD-nahes Bildungswerk handelt.

Laut Angaben der Staatsregierung werden bei Bekanntwerden von Hinweisen auf rechtsextremistische Aktivitäten Zuständigkeitsprüfungen vom Landesamt für Verfassungsschutz durchgeführt, aufgrund derer über eine Beobachtung entschieden wird. Die Entscheidung wird durch die Amtsleitung gefällt. Im Rahmen der täglichen Arbeit wird geprüft, ob weiterhin Gründe zur Beobachtung vorliegen. Darüber hinaus findet eine Evaluation durch das SMI statt sowie eine Kontrolle durch die PKK (S. 17/18).

Auf diesem Weg beendet das LfV auch die Beobachtung von parteiungebundenen Personengruppen, Bands und Vertrieben, wenn sie länger inaktiv sind.

Die Republikaner, die Deutsche Partei und die Pennalen Burschenschaft

Theodor Körner zu Chemnitz“ (pB! Theodor Körner) sind keine Beobachtungsobjekte des Landesamts für Verfassungsschutz mehr. Die Beobachtung der REP wurde Mitte 2008 eingestellt, da keine Anhaltspunkte mehr erkennbar waren, dass von ihr Bestrebungen zur Abschaffung der fdGO ausgingen.

Aus dem gleichen Grund sind BüSo, DSU und Sächsische Volkspartei (Gründung 2006 durch Mirko Schmidt, Ex-NPD) keine Beobachtungsobjekte des LfV und waren es auch in der Vergangenheit nicht (S. 19/20).

Zusammenarbeit LfVen

Grundlage für die Kooperation der Ämter ist die Richtlinie für die Zusammenarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Landesbehörden für Verfassungsschutz (Koordinierungsrichtungslinie - KR), die insbesondere das Verfahren bei der Beobachtung des gewaltbereiten Rechtsextremismus regelt. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von bundesweiten Gremien, die Zusammenarbeit und Vernetzung ermöglichen sollen und in die der Freistaat Sachsen VertreterInnen delegiert.

Es ist davon auszugehen, dass die Formen und die Qualität der Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden im Zuge der parlamentarischen Aufklärungsbemühungen im Bundestag und mehreren Landtagen im Zusammenhang mit dem NSU auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls weiter entwickelt werden.

V-Leute

Zur Auswahl von V-Personen verweist die Staatsregierung auf interen Dienstvorschriften des Landesamts für Verfassungsschutz, die auch regelmäßig überprüft werden. Nähere Informationen gibt sie dazu nicht (S. 21), sondern beruft sich auf die Geheimhaltung zum Schutz Dritter.

In Anbetracht der Tatsache, dass sich aktuell herausstellt, dass Personen, die in den 1990er Jahren zentral für den Aufbau und die Organisation der ostdeutschen und auch sächsischen Neonaziszene verantwortlich waren (z.B. Thomas Starke, Thomas Richter, u.U. Ralf Wohlleben) vom Staat finanziert wurden, wäre es geboten, das Parlament und auch die Öffentlichkeit über Auswahlkriterien zu unterrichten.

6 *Fazit und Forderungen*

1. In Sachsen liegt das Zentrum der parteigebundenen Naziszene Deutschlands. In Sachsen gibt es eine von zwei Landtagsfraktionen der NPD, der Fraktionsvorsitzende ist gleichzeitig Bundesvorsitzender. Außerdem ist in Riesa der parteieigene Verlag Deutsche Stimme mit angeschlossenem Versandhandel ansässig.
2. Auch im Bereich der parteiungebundenen Nazis liegt Sachsen im Bundesvergleich an vorderer Stelle: bezogen auf die Einwohnerzahl gehört Sachsen zu den Bundesländern mit den meisten Rechtsextremisten. Eine hohe Anzahl an Konzerten macht Sachsen zu einem überregionalen Anziehungspunkt. Darüber hinaus sind in Sachsen mehrere Vertriebe rechten Materials ansässig, die bundesweite Bedeutung besitzen (S. 16)
3. Neue Aktionsformen, die über das Internet Verbreitung finden, sind durchaus dazu geeignet, neuen Zulauf gerade im neonationalsozialistischen Spektrum zu generieren.
4. Allerdings ist eine wichtige Verschiebung zu beobachten. Während die NPD insgesamt weiter an Bedeutung verliert, gewinnt die parteiungebundene Szene an Wichtigkeit. Das Antwortverhalten der Staatsregierung spiegelt dies in Qualität und Quantität jedoch nur bedingt wieder. Der Kenntnisstand über nicht parteiförmige Strukturen der extremen Rechten in Sachsen bleibt weit hinter dem über die NPD zurück.
5. Damit bestätigt sich der bereits bei den Kommunal- und Landtagswahlen 2009 gewonnene Eindruck, dass die NPD Mobilisierungsprobleme hat. Auch wenn noch keine zuverlässigen Prognosen über die Erfolgsaussichten der NPD bei der Landtagswahl 2014 möglich sind, rückt ein Scheitern der NPD an der 5Prozent-Hürde aus heutiger Sicht in greifbare Nähe. Gerade deshalb müssen die 'Normalisierungsversuche', die darauf gerichtet sind, rassistische und menschenfeindliche Positionen mehrheitsfähig zu machen und die NPD als 'normale' Partei zu inszenieren, weiterhin aufmerksam begleitet und zurück gewiesen werden.
6. Die relative Schwäche der NPD ist nicht gleichbedeutend mit einer Schwäche der extremen Rechten insgesamt. Daher darf sich der Fokus der politischen Auseinandersetzung nicht allein auf die NPD beschränken, sondern muss in zunehmenden Maße die gesellschaftliche Verankerung bzw. gesellschaftliche Anknüpfungspunkte der extremen Rechten in den Blick nehmen.

7. Die Staatsregierung hat dem Landesamt für Verfassungsschutz offenbar die alleinige Deutungshoheit darüber übertragen, welche Organisationen/Strukturen etc. als rechtsextremistisch gelten. Kurz gesagt: Wer oder was nicht vom Verfassungsschutz beobachtet wird, kann kein Problem sein. Das ist in der Logik der Staatsregierung folgerichtig – ihre Definition von Rechtsextremismus umfasst nur Kriterien, die auch vom Verfassungsschutzgesetz abgedeckt werden. Allerdings ist es so kaum möglich, Entwicklungen und Tendenzen, die in Verbindung mit den einzelnen von der Staatsregierung beschriebenen Dimensionen des Rechtsextremismus stehen (Ungleichwertigkeit, Nationalismus, Antipluralismus, Autoritarismus) umfassend zu erfassen und zu beschreiben. Ein Gesamtbild wird so unmöglich gemacht. Die Deutungshoheit des Verfassungsschutzes muss daher gebrochen und durch wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Expertise qualifiziert werden.
8. Der Extremismusbegriff der Staatsregierung ist zur Benennung konkreter Problemlagen ungeeignet. Eine Definition, die sich allein an der möglichen Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und dem Bestand des Staates fest macht, muss zwingend relevante Problembereiche außer Acht lassen. Die Gefahr und Bedeutung extrem rechter Gewalt im Alltag und die Ausbildung von Zonen der Angst für all diejenigen, die nicht in das Weltbild der extremen Rechten passen, wird so jedenfalls nicht angemessen abgebildet. Gleichwohl bleibt die Frage offen, inwiefern das bestehende System des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz überhaupt geeignet ist, der Bedrohung rechtsextremistisch motivierter Gewalt wirksam zu begegnen.
9. Um angemessene Gegenstrategien entwickeln zu können, brauchen wir eine umfassendere Problemanalyse. Nach dem Vorbild des Thüringen-Monitors schlagen wir regelmäßige Erhebungen zur Verbreitung antidemokratischer Einstellungsmuster in Sachsen vor. Diese müssen wissenschaftlichen Standards hinsichtlich Repräsentativität, Anonymität und zufälliger Auswahl der Befragten entsprechen und von einem von der Staatsregierung unabhängigen Institut durchgeführt werden.
10. Die wertvolle Arbeit der vielen zivilgesellschaftlichen Vereine ist zu fördern. Dazu gehören die angemessene finanzielle Ausstattung des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“, die pünktliche Auszahlung von Fördermitteln, eine transparente Fördermittelvergabe und die sofortige Abschaffung des als „Demokratieerklärung“ verklärten Gesinnungs-TÜVs.

7 Weitere Begriffsbestimmungen

Rechtsextremismus

Aus Sicht der Staatsregierung ist die gesellschaftliche Ordnung, die die extreme Rechte anstelle des jetzigen politischen Systems etablieren will, von einer Ideologie der Ungleichheit, von Nationalismus, Autoritarismus und Antipluralismus geprägt.

Interessant ist dabei, dass die Staatsregierung laut eigener Aussage den Begriff 'Rechtsextremismus' ohne wissenschaftliche Untersetzung verwendet, sondern nach dem 'allgemeinen Sprachgebrauch'.

Wissenschaftliche Konzepte, die sich mit einzelnen Dimensionen des Begriffes 'Rechtsextremismus' (z.B. Rassismus, Antisemitismus, Autoritarismus etc) und deren Verbreitung in der Bevölkerung auseinandersetzen (z.B. die Forschergruppe um Heitmeyer), hält die Staatsregierung für ihre eigene Verwendung für nicht zielführend, da die Staatsregierung ihre Aufmerksamkeit einseitig auf die Einstellung zum Staat und auf die Abschaffung der aktuellen staatlichen Ordnung gerichtet hat.

Hier zeigt sich eine weitere Schwäche des Extremismusbegriffs der Staatsregierung: wenn nur die Einstellung zum Staat als Grundlage der Problembeschreibung benutzt wird, besteht die reale Gefahr andere Entwicklungen, die ein Zusammenleben in Vielfalt aktiv gefährden, nicht oder nur ungenügend zur Kenntnis zu nehmen. Auch Tendenzen, die unterhalb der Einschreitschwelle des Landesamts für Verfassungsschutzes liegen, sollten der Staatsregierung bekannt sein und von ihrer Seite kritisch begleitet werden.

Aus Sicht der Staatsregierung sind keine nennenswerten Theorieentwicklungen bei der extremen Rechten erkennbar, allerdings gibt es Schwerpunktverschiebungen. So verschiebt sich der politische Diskurs gerade im parteiungebundenen Spektrum zunehmend in eine antikapitalistische Richtung, die stark nationalistisch geprägt ist. Das verstärkte Auftreten von Neonationalsozialisten, die ein Konzept eines nationalen Sozialismus propagieren, ist ein Beleg dafür.

Gruppierungen innerhalb der extremen Rechten

Die verschiedenen Spektren innerhalb der extremen Rechten unterscheiden sich nur bedingt in ihrer Zielsetzung, eher in Auftreten und Aktionen (S. 10). So ist allen Gruppen inklusive der NPD gemeinsam, dass sie die Abschaffung der heutigen Gesellschaftsordnung erreichen wollen. Ihr Gegenentwurf propagiert eine Volksgemeinschaft geprägt von Nationalismus und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Gelegentlich vertreten sie wie Teile des

parteungebundenen Spektrums (v.a. die Autonome Nationalisten) sozialistische Thesen unter nationalen Vorzeichen.

Zur **parteigebundenen extremen Rechte** zählt die Staatsregierung die Mitglieder der NPD sowie der Jungen Nationaldemokraten (JN), der Jugendorganisation der NPD. Allerdings gibt es gerade im Bereich der JN häufige personelle Überschneidungen in das Spektrum der Kameradschaften/Freien Kräfte, so dass die Trennung nur bedingt anwendbar ist.

Die **nichtparteigebundene extreme Rechte** verfügt über losere Strukturen als das parteigebundene Spektrum, vor allem, um staatlichen Verfolgungsdruck zu entgehen. Das Landesamt für Verfassungsschutz unterscheidet sie in zwei Gruppen. Zum einen in Neonationalsozialisten zum anderen in die subkulturell geprägte Szene. Ob diese begriffliche Trennung so sinnvoll ist, ist debattierbar.

Mit dem Begriff **Neonationalsozialisten** beschreibt das Landesamt für Verfassungsschutz Gruppierungen, die sich für einen totalitären, nationalistischen, rassistischen Führerstaat mit Einheitspartei einsetzen. Ihre Anlehnung an das Dritte Reich ist deutlicher als bei der NPD, aber auch bei ihnen spielt die Idee der 'Volksgemeinschaft' eine entscheidende Rolle. Die Neonationalsozialisten weisen im Unterschied zum subkulturell geprägten Milieu ein hohes Interesse an politischer Arbeit auf und verfolgen z.T. antikapitalistische Ansätze und Argumentationen (Autonome Nationalisten).

Die subkulturell geprägte Szene besitzt nach Ansicht des LfV meist kein gefestigtes neonationalsozialistisches Weltbild, nutzt jedoch oft nationalsozialistische Symbole. Er zeichnet sich durch eine extreme Fremdenfeindlichkeit, starken Rassismus und starken Antisemitismus aus, der oft mit einer erheblichen Gewaltbereitschaft einhergeht. Konzertbesuche und spontane (gewalttätige) Aktionen, meist verbunden mit einem hohen Alkoholkonsum, kennzeichnen diese Gruppen.